



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
DONNERSTAG, 7. JULI 2005
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir heißen Sie zu unserer Pressekonferenz willkommen.

Der EZB-Rat spricht dem britischen Volk und der Bank of England sein tiefes Mitgefühl aus und versichert sie seiner uneingeschränkten Solidarität angesichts dieser furchtbaren Ereignisse. Wir haben der Opfer der Terroranschläge mit einer Schweigeminute gedacht und übermitteln dem Britischen Volk und der Bank of England unser aufrichtiges Beileid.

Der Vizepräsident und ich möchten Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch EU-Kommissar Almunia teilnahm.

Auf der Grundlage unserer regelmäßigen Analyse der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass der geldpolitische Kurs vor dem Hintergrund der aktuellen Aussichten für die mittelfristige Preisstabilität angemessen ist. Dementsprechend haben wir beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die Zinsen im Euro-Währungsgebiet sind über das gesamte Laufzeitenspektrum – sowohl nominal als auch real – im historischen Vergleich niedrig und stützen somit nach wie vor die Konjunktur. Der EZB-Rat wird auch weiterhin alle Faktoren, die diese Einschätzung beeinflussen könnten, sorgsam beobachten und mit Blick auf das Auftauchen von Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht wachsam bleiben.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern.

Im Rahmen unserer **wirtschaftlichen Analyse** bestätigen die aktuellen Konjunkturindikatoren für das Euro-Währungsgebiet insgesamt ein weiterhin gedämpftes Wachstum. Insbesondere die hohen und steigenden Ölpreise scheinen sich negativ auf Nachfrage und Vertrauen ausgewirkt zu haben. Nach den derzeit vorliegenden Informationen ist davon auszugehen, dass das Wachstum im zweiten Quartal dieses Jahres niedriger ausfallen wird als im ersten Vierteljahr, als die Wachstumsrate im Quartalsvergleich 0,5 % betrug. Die verfügbaren Daten sind nach wie vor uneinheitlich; die jüngsten Indikatoren lassen zwar zum Teil eine geringfügige Verbesserung erkennen, doch gibt es bislang keine Anzeichen dafür, dass bereits eine nachhaltigere wirtschaftliche Erholung eingesetzt hat. Gleichzeitig besteht über die kurze Frist hinaus weiterhin Grund zu der Annahme, dass sich die Konjunktur im Euroraum allmählich beleben wird. Binnenwirtschaftlich gesehen dürften die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, das derzeit zu beobachtende robuste Wachstum der Unternehmensgewinne und die weiter gesteigerte Effizienz der Unternehmen die Investitionstätigkeit ankurbeln. Der Konsum sollte weitgehend im Einklang mit der erwarteten Entwicklung des verfügbaren Einkommens zunehmen. In außenwirtschaftlicher Hinsicht dürften das anhaltende Wachstum der weltweiten Nachfrage und die Verbesserungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit des Euro-Währungsgebiets die Exporte des Euroraums stützen. Diese Einschätzung deckt sich mit den verfügbaren Prognosen und Projektionen.

Dieses Basisszenario ist nach wie vor mit ziemlicher Unsicherheit behaftet. Insgesamt bestehen Abwärtsrisiken für das Wirtschaftswachstum, die sich vor allem aus den anhaltend hohen Ölpreisen, dem geringen Vertrauen im Eurogebiet und den weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten ergeben.

Was die Preisentwicklung betrifft, so belief sich die jährliche Teuerung nach dem HVPI der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juni auf 2,1 % gegenüber 1,9 % im Mai. In den kommenden Monaten dürften die jährlichen HVPI-Inflationsraten um das gegenwärtige Niveau schwanken und im restlichen Verlauf des Jahres nicht unter 2 % sinken. In diesem Ausblick spiegelt sich hauptsächlich die jüngste Entwicklung der Ölpreise wider, die in den von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen vom Juni 2005 als Aufwärtsrisiko angesehen wurde. Allerdings haben sich die Lohnsteigerungen in den letzten Quartalen in Grenzen gehalten, und vor dem Hintergrund des verhaltenen Wirtschaftswachstums und der schwachen Arbeitsmarktentwicklung dürfte sich dieser Trend zunächst fortsetzen. Insgesamt sehen wir nach wie vor keine deutlichen Anzeichen dafür, dass sich im Euro-Währungsgebiet ein starker binnenwirtschaftlicher Inflationsdruck aufbaut.

Gleichzeitig lassen die Aufwärtsrisiken für dieses Inflationsszenario eine genaue Beobachtung angeraten erscheinen. Diese Risiken beziehen sich in erster Linie auf die Ölpreisentwicklung und die eventuell daraus resultierenden Zweitrundeneffekte bei der Lohn- und Preisbildung. Wichtig ist, dass die Sozialpartner weiterhin ihrer Verantwortung gerecht werden. Ferner müssen die

Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Entwicklung der administrierten Preise und indirekten Steuern bei der Beurteilung der zurzeit vorliegenden Inflationsprojektionen berücksichtigt werden.

Bei den Inflationsaussichten auf mittlere bis längere Sicht beruht unsere Einschätzung auch auf den Ergebnissen der **monetären Analyse**. Im Einklang mit den seit Mitte 2004 zu beobachtenden Entwicklungen wachsen die Geldmenge und die Kreditvergabe im Euroraum kräftig weiter. Für die monetäre Entwicklung ist nach wie vor besonders der stimulierende Einfluss des niedrigen Zinsniveaus ausschlaggebend, das sich in der Stärke des M1-Wachstums und der Dynamik der Kreditgewährung an den privaten Sektor widerspiegelt. Nach Maßgabe aller relevanten Messgrößen ist nach wie vor eine reichliche Liquiditätsausstattung vorhanden. Die monetäre Entwicklung führt insgesamt zu der Erkenntnis, dass die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis lange Sicht aufmerksam verfolgt werden sollten.

Zusammenfassend bestätigt die wirtschaftliche Analyse, dass sich im Euro-Währungsgebiet der binnenwirtschaftliche Preisdruck auf mittlere Sicht weiter in Grenzen hält. Gleichzeitig ergeben sich vor allem aus der Ölpreisentwicklung einige Aufwärtskorrekturen für das Hauptszenario der Preisentwicklung. Aus der monetären Analyse lassen sich Risiken für die langfristige Preisstabilität ableiten. Insgesamt deutet die **Gegenprüfung** der aus den beiden Säulen gewonnenen Informationen auf die Notwendigkeit anhaltender Wachsamkeit hin, um die Inflationserwartungen mit Preisstabilität im Einklang zu halten. So leistet die Geldpolitik durch eine feste Verankerung der mittelfristigen Inflationserwartungen auf einem Niveau, das mit Preisstabilität vereinbar ist, einen bedeutsamen Beitrag zu einer Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums.

Durch eine umsichtige **Finanzpolitik** könnte das Vertrauen im Euroraum erheblich gestärkt werden. Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurden abschließend diskutiert und überarbeitet. Nun kommt es auf eine konsequente Umsetzung an, damit wirksame Rahmenbedingungen für die finanzpolitische Koordinierung und die Haushaltsdisziplin sichergestellt sind. Dies gilt umso mehr, als die derzeitigen und prognostizierten Haushaltsdefizite in mehreren Euro-Ländern bisher noch nicht rigoros bekämpft werden. In einigen Fällen führen diese Defizite nicht nur zu einer steigenden Schuldenquote, sondern lassen auch keinerlei Spielraum für kurzfristige Haushaltsentlastungen als Reaktion auf ungünstige Entwicklungen. Vor dem Hintergrund der deutlichen Korrekturen, die bei einigen Ländern an den zuvor gemachten Angaben zu Defizit und Schuldenstand vorgenommen wurden, möchte ich darüber hinaus der bereits früher geäußerten Forderung des EZB-Rats nach einer verlässlichen Erhebung und zeitgerechten Meldung der Daten zu den Staatsfinanzen nochmals Ausdruck verleihen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte zu den **Strukturreformen** sagen. Wie wir immer wieder betont haben, sind entschlossene und umfassende Maßnahmen, die auf eine dynamischere

und wettbewerbsfähigere europäische Wirtschaft mit flexiblen Arbeits- und Gütermärkten abstellen, dringend erforderlich. Diese Maßnahmen sollten sich auf die weiterhin bestehenden Herausforderungen der Globalisierung, des raschen technischen Fortschritts und der Bevölkerungsalterung konzentrieren und insgesamt dafür sorgen, dass die Wirtschaft besser gegen Schocks gewappnet ist. Mit diesen Herausforderungen ist nicht nur das Euro-Währungsgebiet konfrontiert. Doch würden erfolgreiche Strukturreformen auch dazu beitragen, den Anpassungsprozess im Euroraum zu beschleunigen. Sie würden es insbesondere den Mitgliedstaaten, die beim Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum geringere Erfolge aufzuweisen haben, ermöglichen, in Zukunft besser abzuschneiden. Mit Blick auf das innerhalb des Euro-Währungsgebiets bestehende Wachstums- und Inflationsgefälle gibt es eindeutige Belege dafür, dass die Differenz zwischen den Inflationsraten und den Wachstumsraten des realen BIP der Euro-Länder sich nicht wesentlich von dem Gefälle innerhalb der Vereinigten Staaten unterscheidet und seit 1999 nicht zugenommen hat. Wo diese Abweichungen jedoch nicht dem Aufholprozess oder vorübergehenden Faktoren zugeschrieben werden können, sind Strukturreformen einmal mehr erforderlich, um die Wirtschaftsleistung und Flexibilität während des Anpassungsprozesses zu verbessern.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.